

Pressemitteilung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach § 41a GemO in Mühlacker

Die SPD-Fraktion im Mühlacker Gemeinderat fordert die Stadtverwaltung in einem aktuellen Antrag auf, über den Status quo der Jugendbeteiligung zu berichten, eine Kinder- und Jugendversammlung durchzuführen sowie ein Kinder- und Jugendbeteiligungskonzept für die nächsten Jahre vorzulegen.

„Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungen und Vorhaben, die deren Interessen betreffen, ist in der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg geregelt. Laut § 41a GemO sind Kinder und Jugendliche „in angemessener Weise“ zu beteiligen. Zu diesem Zweck hat die Gemeinde geeignete Verfahren zu entwickeln. Dies kann in Form eines Jugendgemeinderates oder einer anderen Jugendvertretung erfolgen. Der Antrag auf Einführung eines Jugendgemeinderats wurde im Januar mehrheitlich vom Gemeinderat und der Verwaltung abgelehnt. Wenn gleich in der Stellungnahme der Verwaltung darauf hingewiesen wurde, dass die „Verwaltung in 2023 die Jugendbeteiligung nach §41a der GemO wieder vorantreiben, sich mit geeigneten Beteiligungsformaten, auch einem Jugendgemeinderat erneut auseinandersetzen, im Gemeinderat berichten und einen Beschlussvorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreiten“ möchte“, so der Fraktionsvorsitzende Paul Renner.

„Aus diesem Grund konkretisiert die SPD-Fraktion ihre Forderung den § 41a GemO 2023 wieder ernsthaft in den Fokus zu nehmen und aktiv zu werden. Hat auch die Corona-Pandemie die Durchführung von Kinder- und Jugendversammlungen ausgebremst, so muss nun in der letzten Jahreshälfte zwingend über die Durchführung von geeigneten Formaten und Methoden von Kinder- und Jugendbeteiligung nicht nur nachgedacht, sondern dies auch umgesetzt werden“, ergänzt der Fraktionsvize Jürgen Metzger.

„Bei Projekten wie der „Innenstadtentwicklung Mühlacker 2030“ oder dem „AK Jugend“ haben sich in den vergangenen Monaten zahlreiche junge Menschen eingebracht, mit konkreten Ideen und Vorstellungen, wie sie Mühlacker voranbringen möchten. Dies gilt es weiterhin zu unterstützen und durch geeignete Formate und Maßnahmen der Kinder- und Jugendbeteiligung dauerhaft zu fördern“, bekräftigt Uli Seibold.